Jürgen Kocka

Interessenvertretung und Gemeinwohlorientierung im gewerkschaftlichen Handeln gestern und heute*

Prof. Dr. Jürgen Kocka, geb. 1941 in Haindorf, Studium der Geschichte in Marburg, Wien, Berlin und Chapel Hill, N.C./USA, lehrte von 1973 bis 1988 Allgemeine Geschichte und Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld, war u.a. Stiftungsprofessor für Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin und ist seit 2001 Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

I.

Es war der damalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der im Oktober 1979 Wissenschaftler, Intellektuelle und Praktiker der Gewerkschaftsarbeit zu einem großen Kongress nach München einlud, über das Thema „Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB".

Sehr viele mit Rang und Namen unter Historikern, Sozialwissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern kamen, und ich erinnere mich an die Bemerkung eines hoch geschätzten Bielefelder Kollegen, Sozialwissenschaftler, der in einer Pause im Hinblick auf nicht anwesende Kollegen meinte: „Da wären viele andere nur allzu gern eingeladen worden und sicher gekommen, wenn sie der DGB aufgefordert hätte".

An einer Podiumsdiskussion des Kongresses nahm neben Alfred Grosser, Bernt Engelmann, Johannes Groß, Oskar Negt und Graf Krockow auch Ralf Dahrendorf teil, der liberale Sozialwissenschaftler und Politiker. Auf eine entsprechende Frage von Carola Stern antwortete er: „Wenn Sie mir die Frage stellen, was sind die großen Fehler und Versäumnisse der deutschen Gewerkschaften in ihrer Geschichte, über die es sich hier zu diskutieren lohnt, ist meine Antwort: Es gibt sie nicht. Das heißt, die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat eine wirklich unglaubliche Leistung in der deutschen Geschichte vollbracht, und ich würde es unmöglich finden, auch nur 20 Minuten damit zuzubringen, hier über große Fehler und Versäumnisse zu reden."

* Leicht überarbeiteter Vortrag anlässlich der Feier des 80. Geburtstages des ehemaligen DGB-Vorsitzenden Ernst Breit am 6. September 2004 in Berlin.

Natürlich gab es auch damals Kritik, Kritik an den Gewerkschaften. Die einen befürchteten, auf dem Weg in den „Gewerkschaftsstaat“ zu sein - das hört man heute eigentlich nicht mehr. Für andere waren die Gewerkschaften zu unrevolutionär, zu angepasst an den Kapitalismus, Verräter der Interessen der Arbeiterklasse. Auch dieser Vorwurf ist heute aus der Debatte verschwunden. Und es gab weitere Vorwürfe im Einzelnen. Aber insgesamt war damals das Bild der Gewerkschaften in einem breiten Spektrum der gebildeten öffentlichen Meinung - von christlich-sozial und liberal bis weit links - sehr positiv eingefärbt.

Wenn ich mir rückblickend überlege, warum einer wie ich - gewerkschaftlich nicht gebundener Historiker, ordentlicher Professor, keineswegs aus gewerkschaftsnahem Milieu stammend - die Gewerkschaften gleichwohl hoch schätzte, gegen Kritik verteidigte, zum Thema der eigenen wissenschaftlichen Arbeit machte und als einen der großen Pluspunkte der deutschen Geschichte und Gegenwart begriff, dann nicht so sehr deshalb, weil sie die besonderen Interessen ihrer Mitglieder vertraten. Das taten sie erfolgreich, das wusste man, nur so konnten sie so viele Mitglieder und so viel Einfluss gewinnen, das war in Ordnung. Aber deshalb fühlte sich jemand wie ich nicht auf ihrer Seite, vielmehr weil - und das ist meine *erste Hauptthese* - es deutschen Gewerkschaften in der Regel gelungen war, die resolute Vertretung der besonderen Interessen ihrer Klientel *zu verbinden* mit entscheidenden Beiträgen zum gesellschaftlichen Fortschritt, zum allgemeinen Wohl, zum Gedeihen des Großen und Ganzen - zwar nicht gegen die Interessen der eigenen Mitglieder, aber doch über diese hinaus.

Die Geschichte jeder Organisation, jeder Bewegung, hat Licht und Schatten, das ist hier nicht auszuführen. Nur ein paar Stichworte um anzudeuten, was ich mit dieser These meine:

Keine Frage, über die Jahrzehnte hatten die Gewerkschaften, jedenfalls die sozialdemokratischen und auch die christlichen, zur Demokratisierung Deutschlands beigetragen: indirekt schon im Kaiserreich, ganz entschieden und am Ende erfolglos in der Weimarer Republik, unterdrückt vom Nationalsozialismus und erst recht nach 1945, als die westlichen Alliierten früh auf sie setzten und die Gewerkschaften für Demokratisierung in den verschiedensten Lebensbereichen eintraten, über den rein politischen Bereich hinaus. In einem Land, das sich mit seiner freiheitlichen Demokratisierung so schwer getan hat wie Deutschland, war dies besonders wichtig.

Keine Frage, die Gewerkschaften gehörten seit ihrer Entstehung zum Kern einer umfassenden Emanzipationsbewegung, die sich um vieles kümmerte, vieles forderte und vieles bewegte: von der umfassenden Sozialpolitik über die Schulpolitik und Kulturelles bis zur Humanisierung der Arbeitswelt, zur alltäglichen Lebenshilfe im sozialen Milieu und zur Erziehung, Aufklärung der breiten Bevölkerung. Die Gewerkschaften haben über anderthalb Jahrhunderte kräftig dazu beigetragen, dass die Menschenrechte für die breite, abhängig arbeitende Bevölkerung nicht bloß abstrakt blieben, sondern konkret umgesetzt wurden: als Überwindung von Not, als Zugewinn an Freiheit und Würde, als Praxis des Protests, der Teilhabe, der Partizipation. Mit ihrem Einsatz für gleiche Lebenschancen, auch gleiche Freiheit der Vielen, trug die Gewerkschaftsbewegung - jedenfalls die sozialdemokratische - zur Herausbildung der Zivilgesellschaft, zur Zivilisierung der Gesellschaft in Deutschland insgesamt bei.

Keine Frage schließlich, in der Rückschau wird das sehr klar, die deutschen Gewerkschaften - jedenfalls die sozialdemokratischen - haben die Interessen ihrer Mitglieder von Anfang an so vertreten, dass sie den technischen Fortschritt, die Industrialisierung, das marktwirtschaftliche Wachstum nicht behinderten. Technikfeindschaft, zünftiges Abblokken von Modernisierung, die Blockade von Rationalisierung - all das spielt in der Geschichte der deut-

schen Gewerkschaften eine geringere Rolle als etwa bei den stärker berufsständisch geprägten, stärker auf den shop floor konzentrierten englischen oder amerikanischen Gewerkschaften. Es war eher umgekehrt: Mit der Betonung des Faktors Qualifikation, mit dem Eintreten für Verlässlichkeit, mit dem Glauben an technischen Fortschritt, falls über Mitbestimmung mitgestaltet, mit seinem Konfliktregelungspotenzial trug gewerkschaftliches Handeln unterm Strich lange zur wirtschaftlichen Leistungssteigerung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei, so sehr es andererseits auf arbeitnehmerfreundliche Zähmung der Marktdynamik aus war.

Im „Modell Deutschland", von den 1950er- bis in die 1970er-Jahre, erreichte all dies seinen Höhepunkt. Das bundesrepublikanische System des „Rheinischen Kapitalismus" erreichte rasches Wachstum und internationale Wettbewerbsvorteile durch seine besondere Fähigkeit zur Koordination, in der nicht nur Sozialpolitik, sondern auch die Verbände und Gewerkschaften eine große Rolle spielten. Gewerkschaftliches Handeln war nun wichtiger als je, rechtlich privilegiert, im Rahmen der Tarifautonomie mit der Wahrnehmung öffentlicher Funktionen betraut. Für die damit verbundene verantwortliche Einflussnahme auf das Gesamtsystem hatten die Gewerkschaften bisweilen den einen oder anderen partikularen Vorteil hintan zu stellen, und sie taten es. Dies war ein System der starken Einbindung autonomer Gewerkschaften in öffentliche Verantwortung, das den Gewerkschaften wie den Arbeitgeberverbänden den schwierigen Spagat zwischen Interessenvertretung und Allgemeinwohlorientierung immer wieder neu abverlangte. Dies gelang, wie sich am Erfolg des Modells Deutschland zeigte, das vorübergehend internationalen Vorbildcharakter gewann, das der Bundesrepublik auch politische Stabilität verschaffte und zu dem die starke Rolle der deutschen Gewerkschaften dazugehörte.

Man kann fragen, warum dies gelang. Sicher lag es mit an der Struktur der deutschen Gewerkschaften, die früh das enge Berufsverbands- durch das breitere Industrieverbandsprinzip ersetzt hatten, große Verbände herausgebildet hatten und damit gut darauf vorbereitet waren, engpartikulare Interessen zu vermitteln und allgemeinere Gesichtspunkte zu beachten - dies erst recht nach der weitgehenden Durchsetzung des Einheitsgewerkschaftsprinzips nach 1945, das sie zwar von der zersplitternden Bindung an konkurrierende Parteien erlöste, sie aber nicht wirklich politikfern werden ließ.

Sicher lag es auch am gewerkschaftlichen Führungspersonal. Wer sich als Historiker mit den Biografien führender Gewerkschaftler des späten 19. und 20. Jahrhunderts beschäftigt, kann nicht umhin beeindruckt zu sein, welche Weitsicht und Verantwortungsbereitschaft diese meist aus kleinen Verhältnissen kommenden, in aller Regel nicht studierten Personen - meist Männer - aufbringen konnten. Das galt besonders für führende Gewerkschaftler der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, die den Zusammenbruch der ersten deutschen Demokratie und die Katastrophe des Nationalsozialismus erfahren und daraus gelernt hatten, wie sehr auch die Gewerkschaftsbewegung auf eine funktionierende freiheitliche Demokratie angewiesen ist - für die man sich schon deshalb offensiv einzusetzen hatte.

Vor allem aber lag es an den Verhältnissen, dass die Gewerkschaften in der Lage waren, effektive Vertretung der partikularen Interessen ihrer Mitarbeiter und allgemein orientierte Strategien gleichzeitig zu verfolgen. Und unter den dafür ursächlichen Verhältnissen war neben der Arbeitsmarktstruktur und der Klassenstruktur nichts wichtiger als das insgesamt relativ rasche wirtschaftliche Wachstum, schon vor 1914 und erst recht seit 1950. Als einflussreiche Großorganisationen sind die Gewerkschaften Kinder des wirtschaftlichen Wachstums, bis heute sind sie in ihren Strategien und inneren Mechanismen auf die Verteilung von Zuwächsen eingestellt. In Phasen ausgeprägter Wachstumsstörungen - 1920er-

Jahre - ging es den Gewerkschaften schlecht. Dagegen wuchsen sie nach 1950. Das anhaltende Wachstum, die Produktivitätsfortschritte, der Reallohnzuwachs, der Ausbau sozialer Sicherungen - all das erleichterte es den Gewerkschaften sehr, entschiedene Interessenvertretung für ihre Mitglieder mit Gemeinwohlorientierung zu verbinden.

Die Gewerkschaften waren ein zukunftsgerichtetes, offensives Element in einem sich ausdehnenden dynamischen Gesamtsystem, und beides förderte sich gegenseitig.

II.

All das ist heute zwar nicht ganz vorbei, aber vieles ist heute anders als 1979. Wir beobachten gewerkschaftlichen Niedergang in fast allen wirtschaftlich hoch entwickelten Gesellschaften. Auch in Deutschland haben die Gewerkschaften seit den 1980er-Jahren nicht nur Mitglieder, Einfluss und organisatorische Kraft, sondern auch viel an Ansehen verloren, besonders in den letzten Jahren, wie alle Umfragen zeigen. Und das nicht nur bei denen, die ohnehin immer gegen Gewerkschaften waren, sondern gerade auch in jenem Teil der intellektuellen, wissenschaftlichen, gebildeten Öffentlichkeit, der sich früher pro-gewerkschaftlich äußerte und engagierte. Man spürt viel Enttäuschung.

Wenn Michael Sommer auf den Gedanken käme, eine ähnlich spektakuläre Konferenz zu veranstalten wie seinerzeit Heinz Oskar Vetter in München, ist mehr als fraglich, ob er eine ähnlich potente Gesellschaft zusammenbekäme.

Warum dieser Ansehensverlust, dieses Misstrauen, diese Gleichgültigkeit gegenüber den Gewerkschaften - jedenfalls außerhalb des immer noch großen Feldes der Gewerkschaftler selbst?

Es gibt viele Antworten, meine Antwort ist identisch mit meiner *zweiten Hauptthese*: Es ist heute für die Gewerkschaften viel schwieriger geworden als früher, die entschiedene Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder mit praktischer Allgemeinwohlorientierung zu verbinden.

Zwar gehören die Gewerkschaften weiterhin zur demokratischen Grundsubstanz unserer Gesellschaft: verlässlich und unersetzbar. Aber die freiheitliche Demokratie ist hierzulande durchgesetzt und bis auf Weiteres sicher. Der anderthalb Jahrhunderte währende Einsatz auf diesem Gebiet war erfolgreich, er ist nun weniger dringend, jedenfalls ist er heute kein besonderes Markenzeichen der Gewerkschaften mehr, er hat an realer Bedeutung verloren.

Zwar leben wir weiter in einer Gesellschaft mit großer, ja wachsender Ungleichheit und großen, wieder wachsenden Ungerechtigkeiten. Der Markt allein wird dem nicht abhelfen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der das kluge, nicht-egoistische, tatkräftige Eintreten für die Lebenschancen der Schwächeren und Schwachen, der Kampf für wirkliche soziale Gerechtigkeit und Umverteilung der Chancen weiterhin - wie früher - als Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt wichtig, dringend, notwendig ist.

Aber zentral sind nicht mehr so sehr die alten klassengesellschaftlichen Ungleichheitsfronten, mit denen die Gewerkschaften umzugehen verstanden. Im heutigen Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit sind andere Ungleichheitsfronten wichtiger geworden, zum Beispiel die zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen oder die zwischen heutiger Generation und zukünftigen Generationen. Wenn es an diesen Fronten um soziale Gerechtigkeit geht, entpuppen sich die Gewerkschaften zumeist als Interessenvertreter der „haves“ gegen die „have nots“, als Beschützer derer, die da sind und „in“ sind gegenüber denen, die draußen sind und reinwollen oder erst zukünftig für sich selbst sprechen können. An diesen und

anderen heute zentralen Ungerechtigkeitsfronten erweisen sich die Gewerkschaften im Großen und Ganzen als überfordert - und konservativ.

Schließlich zum Wachstum. Vorhin zählte ich unter den allgemeinwohldienlichen Leistungen der klassischen Gewerkschaftsbewegung auf, dass sie die wirtschaftliche Dynamik nicht gebremst, sondern maßvoll gefördert habe. Und ich sagte, dass Gewerkschaftserfolge und Wachstumserfolge traditionell eng zusammenhängen. Heute dagegen ist ein Teil - ein nicht unerheblicher Teil - der gewerkschaftlichen Politik wachstumshinderlich, und zwar aus strukturell vorgezeichneten Gründen.

Will man heute und hier versuchen, zu nachhaltigen höheren Wachstumsraten zurückzukommen - was sehr wichtig ist, um Wohlstand zu bewahren, Arbeitslosigkeit abzubauen und mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen -, dann muss man, neben vielem anderen, zweierlei auf jeden Fall tun: einerseits einen gewissen Rückbau der Regelungsdichte, eine gewisse Deregulierung hier und dort, auch auf dem Arbeitsmarkt betreiben; andererseits die effektiven Ausgaben umschichten zugunsten von Zukunftsinvestitionen in Familien, Qualifikation, Bildung, Forschung, Wissenschaft und Anderes, und dies auf Kosten des Konsums heute. Die nötige Flexibilisierung und Befreiung von Überregulierung einerseits, die genannte Umschichtung der Ausgaben auf Kosten der heute Konsumierenden tragen die Gewerkschaften bisher nur zum kleinen Teil mit, zum großen Teil kämpfen sie dagegen. Man kann verstehen, warum. Denn was im Interesse an der Rückkehr zur wirtschaftlichen Dynamik gesamtgesellschaftlich nötig ist, läuft zunächst auf einen Rückbau von speziellen Anrechten hinaus, die von den Gewerkschaften als soziale Errungenschaften über die Jahre und Jahrzehnte für die Arbeitnehmer erkämpft worden sind. Trotzdem ist es nötig, gerade auch im Namen sozialer Gerechtigkeit. Aber sich selbst und die eigenen Mitglieder davon zu überzeugen, finden Gewerkschaftsführer schwierig. Sie geraten in die Defensive, während sie jahrzehntelang zur Offensive gehörten. Dies ist die neue Situation.

Woran das liegt? An einer Vielzahl grundlegender Veränderungen unseres Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politiksystems in den letzten Jahrzehnten. Die Stichworte sind allgemein bekannt: Veränderungen der Arbeitswelt und ihr erhöhter Flexibilitätsbedarf; die Universalisierung marktförmiger Mechanismen im Zuge der Globalisierung und damit ansteigender Wettbewerbsdruck; die Transnationalisierung unseres Politiksystems im Zuge der EU-Integration; nicht bewältigte Folgen der deutschen Wiedervereinigung; aber auch die Erfahrung, dass das Regelungspotenzial des „Modells Deutschland" an seine inneren Grenzen gestoßen ist, wie sich am Scheitern des „Bündnisses für Arbeit" zeigte.

III.

Doch wäre es nicht richtig, mit einer solch pessimistischen Note perspektivlos zu schließen. Deshalb sei eine *dritte Hauptthese* abschließend zumindest genannt: Dass Mitgliederinteressenvertretung und Allgemeinwohlorientierung im gewerkschaftlichen Handeln scharf auseinander laufen, ist weder heute das ganze Bild noch zukünftig notwendig oder wünschenswert.

Blickt man in die *Realität* gewerkschaftlicher Politik in den Unternehmen, im Zusammenspiel zwischen den Tarifpartnern und in großen Politikbereichen wie z.B. Qualifizierungspolitik, dann sieht man, dass tagtäglich neue pragmatische Lösungen gesucht und gefunden werden, die Mitgliederinteressen immer neu mit dem vereinbaren, was gesamtwirtschaftlich notwendig und gesamtgesellschaftlich vernünftig ist. Die „kontrollierte Dezentralisierung"

des Flächentarifvertrags, die ja weit fortgeschritten ist, lässt sich dafür als Beispiel nennen, wie die insgesamt sehr erfolgreiche Praxis der Mitbestimmung überhaupt.

Man gewinnt den Eindruck, dass gewerkschaftliches Handeln tatsächlich flexibler und reformbereiter ist als es sich rhetorisch darstellt und in der Öffentlichkeit vermittelt. Ich frage mich, ob das so sein muss.

Langfristig gibt es für Organisationen von der Art und mit der Tradition hiesiger Gewerkschaften keine effektive Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder ohne Berücksichtigung des allgemeinen Wohls, das sie mit Recht mitzudefinieren beanspruchen. Umgekehrt wäre es im deutschen System - anders als im englischen und amerikanischen - politisch außerordentlich schwierig, die notwendigen Reformen und den nötigen Mentalitätswandel langfristig gegen die Gewerkschaften verwirklichen zu müssen. Gerade in seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten braucht das Gemeinwesen Gewerkschaften, die mehr sind als harte Vertreter der Partikularinteressen ihrer Mitglieder. Zu hoffen ist, dass die Lernfähigkeit des Systems und der in ihm verantwortlich Handelnden dem gerecht werden kann.